

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druckverlag: Nachrichten Dresden.  
Fernsprecher-Gammasnummer: 25 241  
Stur für Nachgelieferung: 20 011.

**Lebeck** KAKAO, SCHOKOLADE  
MARKE DREIRING  
Firma gegr. 1838.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle:  
Marienstraße 38-40.  
Verlag von Ullrich & Reichardt in Dresden.  
Polischke-Straße 1068 Dresden.

Bezugs-Gebühr vom 10. bis 3. 11. 24 bei Post, unermittelt, Juli 24, Preis 1,30 Goldmark. | Anzeigen-Preise. Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet: die 1. Spalte, 30 mm br., 3 Zeile 30.4, ausm. 24. Familienanzeigen u. Stellenangebote ohne Rabatt 10.4, außerh. 20.4, die 2. Spalte, 30 mm br., 3 Zeile 20.4, ausm. 24. Familienanzeigen u. Stellenangebote ohne Rabatt 10.4, außerh. 20.4. Überlieferung 10.4, ausm. 24. Familienanzeigen u. Stellenangebote ohne Rabatt 10.4, außerh. 20.4. Nachdruck nur mit schriftlicher Genehmigung der „Dresdner Nachr.“ möglich. — Inverantw. Schriftliche werden nicht aufbewahrt.

**Dresden-A. Grunaer, Ecke Zirkusstraße 21**  
Fernsprecher: 24611 (Sammelnummer)  
Telegr.-Adr.: Pribank

**Dresdner Privat-Bank, Aktiengesellschaft**  
Gegr. 1908 als Genossenschaft  
**Rentenmark-Konten**

Zweigniederlassungen  
**Heidenau, Königstraße 30b**  
Fernsprecher: 805, 407, 487  
**Pirna, Dohnaische Straße 23**  
Fernsprecher: 810 und 811

## Hergt über die Stellung zur Regierung.

Es gibt nur noch eine Rechts- oder eine Linkspolitik. — Volksentscheid über die Präsidentenwahl. Das erste Urteil gegen die polnischen Insurgenten in Oberschlesien. — Die französische Regierung zur Begnadigung Rathusius' entschlossen.

### Eine Rede Hergts in Breslau.

Breslau, 25. November. In einer überaus stark besuchten deutschnationalen Versammlung in Breslau sprach Staatsminister a. D. Exs. Hergt. Er führte u. a. aus: Eine Klut von Kundgebungen ergießt sich gegenwärtig über das unglückliche deutsche Volk. Parteitage und Winterreden häufen sich, der größte Apparat wird für den 7. Dezember aufgebaut. In der Lage des Reichskanzlers über die nationale Opposition erklärte Exs. Hergt: Wir müssen eine starke nationale Opposition als Kampf für die Wahrheit und Gegner der Missionspolitik der Regierung machen.

**Innerepolitisch opponieren wir, aber außenpolitisch wollen wir Helfer der Regierung sein.**  
Wir stellen uns der Regierung zur Verfügung. Die Schuld am Nichtaufkommen der Umfassung der Regierung trägt die andere Seite, nicht wir. Sollen wir etwa eine Verfassung achten, die uns die schwarz-weiß-rote Fahne nahm, die mit 20 Jahren Pöbelalter Leute wählen läßt, die schließlich noch nicht ihr Vermögen verwalten dürfen? Wir warten den 7. Dezember ab und behalten den Volksentscheid im Auge, insbesondere auch hinsichtlich der Präsidentenwahl. Im Falle Rathusius warf der Führer dem Reichskanzler eine vollkommene ungenügende Erklärung vor. Die deutsche Regierung muß in diesem Falle auf diplomatischem Wege die Ehre des Reiches wahren.

**Wir verlangen Notifizierung der Aricaaschuldfrage.**  
die eine Frage des ganzen Volkes ist. Kein Deutschnationaler kann den Eintritt in den Völkerbund antreiben. Wir denken an die gerundeten Länder. Wie sollen wir da den Artikel 10 der Annahmevereinbarung anerkennen? Das deutsche Volk hat jetzt genug von demokratischem Gestank. Es gibt nur noch eine Rechts- oder eine Linkspolitik. Nach dem 7. Dezember wird sich der Reichskanzler für links oder rechts entscheiden müssen.

Ueber die Ziele, für die die Deutschnationale Volkspartei eintritt, erklärte Hergt: Die Deutschnationalen muß wieder gehoben werden, eine angemessene Aufwertung muß eintreten. Das Unrecht an den Aricaaschulden bezeichneten muß aufgemacht werden. Mit den Worten: Wir wollen unsere Pflicht erfüllen, wenn wir in der Regierung sind, und dann deutsche Politik machen ohne Rücksicht auf das Ausland, schloß Hergt unter dem stürmischen Beifall seiner Zuhörer.

### Die Wahlziele der „Deutschen Industriellen-Bereinigung“.

Von der Deutschen Industriellen-Bereinigung erhalten wir die folgende Zuschrift:  
Die Wahlaufrufe sämtlicher Parteien sind nunmehr erschienen. Ebenso haben die wirtschaftlichen Organisationen zur kommenden Wahl ihre Stellung eingenommen. Danach soll die Wahl am 7. Dezember sich vollziehen, politisch unter der Parole: „Schwarz-Weiß-Rot gegen Schwarz-Rot-Weiß“, wirtschaftlich: „Gegen den Marxismus“.  
Wir haben diese Parolen in unserer Erklärung vom 7. d. M. zu den unrichtigen gemacht. Wir halten es aber nach den inzwischen gemachten Erfahrungen der letzten Wochen für unsere Pflicht, in allem Ernste darauf zu warnen, diese Parolen

ähnlich zu mißbrauchen, wie man das Stichwort: „Durch Arbeit und Opfer zur Freiheit“ parteipolitisch mißbraucht, um unserem Volke die Wahrheit über die Ursachen des Zusammenbruchs, über seine gegenwärtige Lage und über seine Zukunft zu verhekeln.

Jene Parolen verlieren ihren Sinn, wenn sie, wie es vielfach den Anschein hat, als bloßes Mittel innerparteilicher Parteitaktik und lediglich als Deckblatt für den vom letzten Reichstag verabschiedeten Zusammenbruch des oppositionellen nationalen Befreiungsgedankens mißbraucht werden. Sie werden wertlos sein und wirkungslos bleiben, wenn sie lediglich die endgültige Preisgabe der grundsätzlichen national-politischen und national-wirtschaftlichen Opposition gegen die bisherige verderbliche Staats- und Wirtschaftspolitik bedeuten sollen.

Sie gewinnen nur dann Sinn und Bedeutung, wenn sich in ihnen der bewusste Gegenstand zu der unhaltbaren und verhängnisvollen Auffassung kundgibt, daß der Dawes-Bericht die gesetzmäßige Unterlage der kommenden deutschen Politik und Wirtschaftspolitik ist und daß die deutsche Wirtschaft nur im Wege der „loyalen Erfüllung“ und der „Einkesselung auf den Dawes-Plan“ zu retten sei. Sie gewinnen nur dann sittlichen Inhalt und politische Bedeutung, wenn sie den Entschlossenheit und seinem Vorkämpfer, dem Marxismus gegenüber den Gedanken der schärfsten Abwehr in dem Sinne enthalten, daß es ohne Befreiung vom Dawes-Plan und dem Friedensvertrag von Versailles, ohne Kampf gegen die Kriegsschuldfrage als der Grundlage jener beiden Versäufelungsdiabate keine Befreiung vom Marxismus und keine Zukunft für das deutsche Volk und seine Wirtschaft gibt.

Nur in jenem Sinne vertreten auch wir jene Parolen und fordern unsere Volksgenossen, insbesondere in der deutschen Wirtschaft, auf, das Ihre dazu zu tun, daß dieser sittliche Inhalt genannter Parolen im kommenden Wahlkampf und in der darauf folgenden schweren Kampfzeit nicht verflüchtigt werde, sondern immer klarer herausstrete.

### Das neue Linkskabinett in Anhalt.

(Durch Funkgespräch.)  
Dessau, 25. Nov. Am Landtage wurden der sozialistische Abgeordnete Peiß, Ministerialdirektor Weber (Dem.) und Ministerialdirektor Müller (parteilos) zu Staatsministern gewählt. (S. 2. S.)

### Stadtratswahlen in Oldenburg.

Berlin, 25. Nov. Wie die „Nationalist. Korr.“ meldet, hatten die Wahlen zum Stadtrat in der Stadt Oldenburg am letzten Sonntag folgendes Ergebnis:  
1. Deutsche Volkspartei: 13 Sitze, 3335 Stimmen (4779);  
2. Sozialdemokraten: 8 Sitze, 3378 Stimmen (2455);  
3. Demokraten: 7 Sitze, 2258 Stimmen (3609);  
4. Deutschnationale: 7 Sitze, 3078 Stimmen (5006);  
5. Kommunisten: 1 Sitz, 991 Stimmen (2050);  
6. Zentrum: 1 Sitz, 779 Stimmen (1019);  
7. Nationalsozialisten: 1 Sitz, 729 Stimmen (1646).  
Außerdem wurden zwei Bauernvertreter in den vor kurzem eingemeindeten Stadtteilen gewählt. Die in Klammern angegebenen Zahlen beziehen sich auf die Wahlen vom 4. Mai 1924.

Der deutsche Frauenausschuß zur Bekämpfung der Schuldlage, Millionen deutscher Frauen umfassend, hat dem Kriegsgerichtshof in Velle zur Beurteilung des deutschen Generals von Rathusius folgendes zu sagen: Der Spruch, der beweiskräftig und ohne inhaltliche Begründung die Ehre eines alten Offiziers in den Staub zu treten versucht, beleidigt nur diejenigen, die ihn fällen. Frankreich hat nicht dem General von Rathusius, sondern sich selbst das Urteil gesprochen. Keine Geste von Strafmilderung oder Begnadigung vermöchte etwas daran zu ändern. General von Rathusius Ehre steht matellos über diesem Gewaltspruch, ebenso wie die Ehre des deutschen Volkes durch die verurteilende Anklage der Schuld am Aricae nie und nimmer veräußert werden kann.

### Rolle's Stellung erschüttert?

Paris, 25. Nov. „Antrassacant“ brachte eine Nachricht, die besagte, General Rolle habe sich zur Demission entschlossen. Am Kriegsministerium wird jede Aufklärung verweigert. Das Kriegsministerium läßt nun durch die Agentur Gavas eine Erklärung des Inhalts veröffentlichen: Die heute verbreiteten Gerüchte, nach denen Aricaas-minister Rolle demissioniert haben solle, entsprechen jeder Realitätsgrundlage. (S. 2. S.)

Berlin, 25. Nov. Am 10. Dezember wird eine neue Aktienpublikation des Auswärtigen Amtes erfolgen, in der die Ergebnisse des Jahres 1922 bis 1927 unter dem Titel „Die Isolierung der Mittelmächte“ geschildert werden.

### Ägypten, Sudan und Baumwolle.

Die britische Politik, die im allgemeinen den Ruf einer ganz besonders konsequenten und zielbewußten Vertretung ihrer Volksinteressen besitzt, ist doch auch vor folgenschweren Irrtümern nicht geschützt. Einem solchen Irrtum unterlag sie, als sie 1922 die allgemeine Heberhebung hervorrufoende Erklärung abgab, durch die Ägypten, der „Brücke nach Indien“, die Unabhängigkeit verliehen wurde. Die Engländer ließen sich dabei von der Hoffnung leiten, daß die Ägypter sich ähnlich verhalten würden wie die Buren, die nach ihrer Niederlage durch Gewährung von politischen Freiheiten so sehr für Großbritannien gewonnen wurden, daß sie sogar im Weltkrieg auf dessen Seite traten und den Kanadiern und Australiern in der Befolgung der Parole „Gut wie britisch allewege!“ in nichts nachgaben. Ägypter sind aber keine Buren, und so stimmte die Rechnung nicht, die man in London aufgemacht hatte und die dahin ging, daß es für England vor teilhafter und billiger wäre, sich die zuverlässige Freundschaft Ägyptens durch Gewährung einer gewissen, die britischen Belange während der Unabhängigkeit zu erfüllen und so nicht bloß Ägypten selbst, sondern auch den Suezkanal und den Sudan fest in der Hand zu haben, als zur Erreichung des gleichen Zweckes ständig in Kriegsbereitschaft zu stehen und eine größere Seemacht mobil zu erhalten. Die Ägypter reagierten wesentlich anders auf das „großmütige“ britische Entgegenkommen, als man sich in London gedacht hatte, indem sie unter der Führung Japut-Paschas eine nationale Bewegung entfachten, von der sie hofften, daß sie zur Stärkung der ägyptischen Stellung bei den Verhandlungen dienen würde, die sich an die Unabhängigkeitserklärung knüpften. Damals waren vier Punkte unerledigt geblieben und späteren Vereinbarungen vorbehalten worden, nämlich der Sudan, die Garantie der Durchfahrt durch den Suezkanal, der Schutz der fremden Interessen und die Sicherung Ägyptens gegen ausländische Angriffe. Im Mittelpunkt der ganzen Lage steht die Frage, wer das ägyptische Hinterland, den Sudan, beherrschen soll. Da im Jahre 1922 England seine bisherige Oberhoheit über Ägypten, die 1875 mit dem durch den Scheich Ismail bewirkten Verkauf der Suezkanal-Aktien an England begonnen hatte und 1882 nach der Niederschlagung des Aufstandes gegen die Fremden durch britische Truppen endgültig geworden war, ausgab, so wagen die Ägypter nunmehr die Forderung, daß auch der Sudan ihnen zur Alleinherrschaft überlassen werden müsse, nachdem der Grund für die englische Mitbeteiligung fortgefallen sei. Diesen Standpunkt verfochten sie in einem Tone, der an Herausforderung das Mögliche leistete. Auf eine Londoner Zuschrift, die das unerwünschte Recht Englands am Sudan betonte, antwortete die Regierung in Kairo mit einer Note, die mit der Bemerkung begann, das Londoner Dokument enthalte einige Andeutungen, die wie Drohungen klangen, so etwas müsse die ägyptische Regierung verbitten. Der Generalgouverneur des Sudan sei kein englischer sondern ein ägyptischer Beamter und habe seine Befehle von Kairo, nicht von London zu empfangen, um, im Tone einer nationalpolitischen Flugchrift. Dieses Verhalten der ägyptischen Regierung, sowie die unverantwortlichen Reden der führenden Politiker in Verbindung mit den die Leidenschaften aufwachsenden Kritiken der Presse machten eine Klärung der englisch-ägyptischen Beziehungen auf dem Wege ruhiger Erörterungen unmöglich und verschärften die Krise zusehends, bis die Ermordung des Lord Lee Sted, des britischen Oberkommandierenden des ägyptischen Heeres, alles auf des Meißers Schneide stellte.

Die letzten Debatten im englischen Unterhaus haben das klare und unzweideutige Ergebnis gehabt, daß die Londoner Regierung die ganze Nation geschlossen hinter sich hat, wenn sie mit allem Nachdruck ihre Ansprüche auf den Sudan aufrechterhält und darin auch nicht um Quarebreite nachgibt. Selbst Macdonald dachte allem sozialistischen Pazifismus zum Trotz nicht daran, in diesem Punkte auch nur die geringste entgegenkommende Geste zu machen. Welchen Wert England auf die Behauptung des Sudan legt, zeigen die erbitterten und langwierigen Kämpfe, die es um den Besitz dieses gewaltigen Gebietes geführt hat. 1885 unterlag der Feldmarschall Gordon dem eingeborenen Herrscher des Sudan, dem „Mahdi“, und fand in Kartum den Tod, da ihn die Londoner Regierung in Unterhägung der Gefahr nicht rechtzeitig unterstützt hatte. Die Tragödie Gordons fand damals im Mittelpunkt des europäischen Interesses und erregte weitgehende Teilnahme. Dann dauerte es elf Jahre, bis die englische Regierung sich zur Wiedereroberung des Sudan entschloß. Lord Kitchener bewältigte diese Aufgabe mit unerhittlicher, grausamster Strenge,

### Serriol zur Begnadigung des Generals Rathusius entschlossen.

(Durch Funkgespräch.)  
Paris, 25. November. Nach einer Havadmeldung scheint es richtig zu sein, daß die französische Regierung endgültig beschloßen hat, General von Rathusius zu begnadigen. Es liegen Gerüchte vor, die eine offizielle Entscheidung in Kürze erwarten lassen. (S. 2. S.)

Hierzu berichtet die „Post, Bra.“: Die Nachricht, daß der Präsident der Republik heute die Begnadigung des Generals v. Rathusius unterzeichnete, ist, da es sehr nicht bekräftigt. Es soll aber beschloßen worden sein, Rathusius aus dem Gefängnis zu entlassen. Bisher ist die Frage noch nicht entschieden, ob eine Amnestierung durch den Staatschef überhaupt möglich ist, nachdem Rathusius selbst die Klaffung des Kriegsgerichtsurteils von Velle beantragt hat. Die französische Regierung müsse sich, wie in Partier politischen Kreisen erklärt wird, unter diesen Umständen vielmehr darauf beschränken, nur die provisorische Freilassung des Generals v. Rathusius in Erwartung der offiziellen Klaffung des Urteils zu verfügen.

**Deutsche Frauen gegen das Viller Urteil.**  
Berlin, 25. November. Der deutsche Frauenausschuß zur Bekämpfung der Schuldlage hat an das Kriegsgericht zu Velle folgenden Brief gerichtet: